

## **Forum 3 „Sorgende Gemeinschaften bilden“**

Der 9. Altersbericht weist auf die Bedeutung von Strukturen und nachbarschaftlichen Beziehungen für ältere Menschen im Sozialraum hin. Solche Strukturen entstehen allerdings nicht von selbst. Die gesellschaftliche Transformation und der demografische Wandel fordern Seniorenbüros mit ihren Schwerpunkten Engagement und Altenhilfe heraus. Wie können Strukturen im vorpflegerischen Bereich aussehen, und was ist die Rolle von Seniorenbüros dabei?

Eine kurze Abfrage zeigte, dass die meisten Teilnehmenden des Forums in Leitungs-/Planungsfunktion tätig sind, teilweise auch in Personalunion mit Beratung und Praxisarbeit. Auf die Frage, welche Wohnform die Teilnehmenden für sich persönlich im Alter wünschen, dominierten ganz klar die beiden Möglichkeiten zuhause oder in gemeinschaftlichen Wohnformen.

### **Irmelind Kirchner, AOK-Bundesverband Abt. Pflege**

In ihrem Vortrag erläuterte Kirchner, dass sich Krankenkassen gemeinsam mit anderen Akteuren wie sozialen Organisationen, Kirchen und Unternehmen bereits für eine ganzheitliche Quartiersentwicklung engagieren. Dies bilde eine Grundlage für Sorgende Gemeinschaften, sei aber bisher noch zu sehr von Wettbewerbsgedanken dominiert.

Aus Sicht der AOK sollte die Gestaltung der lokalen Sorgestrukturen in der Verantwortung der Kommunen liegen und Teil der integrierten Sozialplanung sein. Damit könnten Versorgungsarrangements besser für den Bedarf pflegebedürftiger Menschen gestaltet und im Sozialraum verankert werden.

Eine gute Möglichkeit für die Umsetzung dieses Ziels seien die Modellvorhaben nach §123 SGB XI, die auf Länderebene ausgestaltet werden. Dabei sei die Zusammenarbeit aller Akteure gefragt, um lokale und innovative Konzepte zu entwickeln und konkrete Angebote vor Ort zu gestalten. Die Länder sind jedoch unterschiedlich weit, einige Bundesländer haben (Stand 11/2025) noch keine Förderrichtlinien erarbeitet.

### **Dagmar Vogt-Janssen, Landeshauptstadt Hannover**

Die Präsentation von Vogt-Janssen stellte den ganzheitlichen Ansatz des Fachbereichs Senioren der Landeshauptstadt Hannover vor. Angesichts dessen, dass zunehmend mehr Menschen auf Pflege angewiesen sind als professionell versorgt werden können, müssten Prävention und lokale Infrastrukturen weiterentwickelt werden.

Sie wies darauf hin, dass der §71 SGB XII eine Pflichtaufgabe von Kommunen und die Pflege nach SGB XI eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Dementsprechend habe die Landeshauptstadt Hannover in jedem Stadtteil Quartierszentren mit den

Schwerpunkten Wohnen, Pflege und Teilhabe beauftragt. Diese verfügen über Quartiersbudgets, mit denen sie Angebote nach dem Bedarf vor Ort gestalten können.

Als Beispiele stellte sie mehrere Seniorenbüros in Hannover vor. Mit ihren unterschiedlichen und vielfältigen Angeboten fördern sie die gesellschaftliche Teilhabe und nachbarschaftliche Kontakte. Durch den „roten Faden Alter“ verbindet diese Caring Communities die Strukturen der Altenhilfe mit jenen der Pflege.

### **Diskussion**

In der Diskussion wurde deutlich, dass viele Seniorenbüros bereits Caring Communities fördern – ob im Sozialwerk Berlin, wo mit ehrenamtlicher Unterstützung gute menschliche Versorgung bis zuletzt möglich ist, oder in der sauerländischen Stadt Arnsberg, wo die „Fachstelle Zukunft Alter“ präventive Hausbesuche sowie das Netzwerk „Leben mit dem Tod“ organisiert.

Dazu gab es deutliche Hinweise darauf, dass in den Landkreisen und besonders in kreisangehörigen Gemeinden die Bedeutung von Unterstützung älterer Menschen keineswegs geringer eingeschätzt wird als in Großstädten. Dort fehle es jedoch oftmals an verlässlichen Unterstützungsstrukturen der Kommunen, wo man sich immer noch auf familiäre und nachbarschaftliche Hilfen verlässt. Aber auch dort geraten diese informellen Hilfestrukturen für ältere Menschen aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen an Grenzen (beschäftigungsmotivierte Land-Stadt-Bewegung, dadurch weniger Hilfpotential in den Familien etc.).

Örtliche Kommunalpolitiker scheinen vielfach noch nicht die drohenden Versorgungslücken ernst zu nehmen, mit kommunalen Aktivitäten den wachsenden Unterstützungsbedarf etwa durch öffentliche Beratungs- und Hilfeangebote zu ersetzen. Von Modellvorhaben allein würden besonders in kreisangehörigen Gemeinden keine nachhaltigen Strukturen entstehen.

Ziel müsse es daher sein, dass die Kommunen mit der Umsetzung des §71 SGB XII die Hauptakteure für Sorgende Gemeinschaften werden. Diese Forderung wurde im Forum breit unterstützt und der Wunsch an die BaS geäußert, sich weiterhin für dieses sozialpolitische Ziel einzusetzen.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine verbindliche Zusammenarbeit mit den Krankenkassen „auf Augenhöhe“ von den anwesenden professionellen und ehrenamtlichen Vertretern der kommunalen Ebene gefordert und dazu mehr konkrete Vorschläge für die weitere Diskussion erwartet.